

Ein Stadtverband startet durch!



Was sich der neue Stadtverband für das Kommunalwahljahr vorgenommen hat, lest ihr auf der Seite 3

Volksbegehren Blindengeld



Jede Unterschrift ist wichtig bei dem Volksbegehren für das Landesblindengeld. Hintergründe auf Seite 5

Klage gegen Feinstaub



Eine Bezirksratsfrau wehrt sich und klagt wegen des Feinstaubs gegen das Land. Warum, steht auf Seite 7

Sonstiges

- Markt der Möglichkeiten: S. 4
- EU Förderung: Seite 8
- Grüne Region: Seite 9
- Hannovers ARGE: Seite 10
- Tschernobyl: Seite 12
- Sommerfest Benthe: Seite 13

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Region Hannover Grüne Seiten

Mitteilungsblatt der GRÜNEN in der Region Hannover • Februar 2006

Mit dem Erfolg hatten wir nicht gerechnet: Rund 150 Grüne aus der Region kamen zu der Mitgliederversammlung auf dem Kronsberg in Hannover. Darüber freuen wir uns sehr, zeigt es doch, dass der neu gegründete Regionsverband auf großes Interesse stößt.

Die kritische Diskussion mit unserem Bundesvorsitzenden Reinhard Bütikofer über die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Rolle des Bundesnachrichtendienstes im Irak Krieg zeigt, dass wir unseren Einfluss auch in der Bundes- und Landespolitik geltend machen wollen (siehe hierzu auch die Resolution auf Seite 2). Der Wechsel von der Regierung in die Opposition im Bundestag ist noch nicht wirklich geglückt. Wir wollen dazu beitragen, auch in den kommenden Jahren die Bürgerrechtspartei Nummer Eins in Deutschland zu sein.

Dies umso mehr, als mit der Kommunalwahl eine Wahl vor uns steht, wo wir ganz entscheidend auf das Engagement jedes und jeder Einzelnen vor Ort angewiesen sind. Hier können wir mit purer Größe wenig erreichen. Hier sind wir darauf angewiesen, dass Grüne überall vor Ort deutlich machen, wofür Bündnis 90/Die Grünen in den Kommunen steht. Besonders die Themen Umwelt, Bildung und Solidarität stehen für uns im Mittelpunkt.

Der Markt der Möglichkeiten am 10. Februar war ein guter Auftakt, bei dem wir gemeinsam unsere Ziele für das Kommunalwahljahr 2006 diskutiert haben.

Der Markt der Möglichkeiten hat gezeigt, dass wir in der Region nicht nur in den letzten Jahren viel erreicht haben, sondern dass wir auch noch viele Ideen haben, die derzeit in den Arbeitsgemein-

Die Region ist Grün!

Aufbruch in eine neue Ära

Beschlossen haben wir die Fusion der beiden Kreisverbände bereits Ende letzten Jahres. Jetzt aber beginnt der Regionsverband zu leben. Und die erste richtige Mitgliederversammlung am 28. Januar hat gezeigt: Der Regionsverband startet putzmunter ins Kommunalwahljahr!

Von Anne Dalig und Michael Pelke, Regionsvorsitzende



Der neue Regionsvorstand (von links nach rechts): Brigitte Nieße (Beisitzerin), Dieter Albrecht (Beisitzer), Kim Fitz (Beisitzerin), Ludwig Hecke (Beisitzer), Ute Lamla (Beisitzerin), Anne Dalig (Vorsitzende), Michael Pelke (Vorsitzender), Wilhelm Zabel (Schatzmeister).

schaften und Fraktionen weiter diskutiert und sich in unserem Wahlprogramm wieder finden werden.

Nun gilt es aber vor allem, den Regionsverband weiter mit Leben zu füllen. Einen Baustein dazu haltet ihr gerade in den Händen. Wir wollen alle Grünen und Interessierten in der Region mit den Grünen Seiten künftig etwa vier

Mal im Jahr informieren und wir wollen auch euch die Möglichkeit geben, in den Grünen Seiten eure Meinung zu äußern. Hierzu meldet euch in der Geschäftsstelle.

Anne Dalig
AnneDalig@arcor.de

Michael Pelke
michael.pelke@lt.niedersachsen.de



Liebe Freundinnen und Freunde!

Zum ersten Mal möchte ich als Vorsitzende des Regionsverbandes einige Zeilen in den Grünen Seiten schreiben. Als einzigen Hinweis dafür habe ich bekommen: Schreib einfach frei von der Seele weg, was dir am Herzen liegt.

Ja, und was mir am Herzen liegt, ist der Kommunalwahlkampf in diesem Jahr. Ich finde es super, dass wir es geschafft haben, vor der Wahl unsere beiden Kreisverbände zu einem zu vereinigen. Dadurch haben wir die Chance unsere Kräfte zu bündeln. Und für diesen Wahlkampf brauchen wir alle Kräfte!

Die teilweise unpopulären Entscheidungen der rot/schwarzen Regierung führen bei vielen Wählerinnen und Wählern zur Wahlmüdigkeit bis zur Wahlverweigerung. Und da wollen und müssen wir die Bürgerinnen und Bürger rausholen! Wir werden durch einen engagierten Wahlkampf beweisen, dass es wichtig ist, bei politischen Entscheidungen mitzureden.

Vor Ort sollte jede Kommune, in der Bürgermeisterwahlen anstehen, auch einen grünen Bürgermeisterkandidaten stellen. Wir haben dadurch die Möglichkeit bei Diskussionen mitzureden und unsere Politik mehr in den Fokus der Bürgerinnen und Bürger zu rücken. Denn es lohnt sich, sich mit grüner Politik auseinander zu setzen und GRÜN zu wählen. Die Grünen sind die einzige Alternative zu Rot/Schwarz!

Anne Dalig,
Regionsvorsitzende



Der neue Regionsparteirat

Im Regionsverband Hannover gibt es jetzt als Koordinierungsgremium zwischen Vorstand, Fraktionen, Ortsverbänden, Stadtteilgruppen und Basis den Parteirat. Auf der Mitgliederversammlung am 28. Januar wurden gewählt:

Silke Stokar (Bundestagsabgeordnete, SV Hannover), **Anja Ritschel** (Vorsitzende des Stadtvorstandes, SV Hannover), **Ingrid Lange** (Bürgermeisterin in der Landeshauptstadt Hannover, Ratsfrau, SV Hannover), **Silvia Hesse** (SV Hannover), **Enno Hagenah** (Landtagsabgeordneter, SV Hannover), **Carsten Milde** (OV Lehrte), **Henrik Hoffmann** (OV Lehrte), **Alexander Gilly** (Grüne Jugend Hannover und Campus Grün, SV Hannover)

VertreterInnen der Regionsfraktion

Serdar Saris (Fraktionsvorsitzender, SV Hannover), **Doris Klawunde** (stv. Fraktionsvorsitzende, stv. Regionspräsidentin, Regionspräsidentin-Kandidatin; OV Lehrte)

VertreterInnen der Ortsverbände (OV) und des Stadtverbandes Hannover (SV)

Hannelore Heidecke (OV Barsinghausen), **Detlev Knauer** (OV Burgdorf), **Heino Visel** (OV Burgwedel), **Martina März** (OV

Garbsen), **Gabriele Hartung** (OV Gehrden), **Michael Zgoll** (OV Hemmingen), **Arnim Winkler** (OV Isernhagen), **Wolfgang Zingler** (OV Laatzen), **Rolf Linnhoff** (OV Langenhagen), **Christian Gailus** (OV Lehrte), **Andreas Plötz** (OV Neustadt), **Helmut Meyer** (OV Pattensen), **Verena Kuhn** (OV Ronnenberg), **NN** (OV Seelze), **Aleksander Sebahs** (OV Sehnde), **Christiane Wiehle** (OV Springe), **Georg Beu** (OV Uetze), **Angela Klingrad** (OV Wedemark), **Angelika Schwarzer-Riemer** (OV Wennigsen), **Susanne Speckhan** (OV Wunstorf), **Christopher Bodirsky** (SV Hannover), **Sven Kindler** (SV Hannover), **Hinne Burmeister** (SV Hannover), **Meike Schümer** (SV Hannover), **Sabine Tegtmeier-Dette** (SV Hannover), **Tina Below** (SV Hannover), **Lore Schmidt** (SV Hannover) und der Regionsvorstand.

Der Regionsparteirat tagt mitgliederöffentlich. Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, meldet sich bitte in der Geschäftsstelle unter region@gruene-hannover.de oder Tel.: 0511 300 88 66

Resolutionen der Regionsmitgliederversammlung

An die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen:

Untersuchungsausschuss

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Regionsverband Hannover appelliert an euch, eine eindeutige Position zu Gunsten eines Untersuchungsausschusses zu beziehen. Die Position der Fraktion in den letzten Tagen konnte nicht nachvollzogen werden. Ihr vermittelt den Eindruck, die Oppositionsrolle nicht akzeptieren zu wollen. Es kann nicht eure Aufgabe sein, als Moderator zwischen FDP und Linken und der Regierung zu fungieren.

Damit setzt ihr euch unnötig dem Vorwurf aus, es gehe der Fraktion um eine Vernebelung der eigenen Regierungsarbeit. Das habt ihr nicht nötig. Dies lenkt nur von den großen Erfolgen der Grünen in der Regierungsarbeit ab. Für die Glaubwürdigkeit der Grünen ist es jedoch wichtig, dass wir keinen

Zweifel daran aufkommen lassen, dass wir auch mit der eigenen Vergangenheit offen umzugehen verstehen.

Die Grünen müssen sich in ihrer jetzigen Situation nach außen öffnen. Sie müssen deutlich machen, dass sie der natürliche Partner der außerparlamentarischen Bewegungen sind. Darin liegt unsere Stärke, die in der Phase des Regierungshandelns nicht immer in der notwendigen Schärfe zum Ausdruck kommen konnte.

Dabei hilft eine eindeutige Haltung zu Gunsten eines Untersuchungsausschusses. Die Sorge vor dem Missbrauch eines solchen Ausschusses durch die beiden anderen Oppositionsparteien sollte euer Handeln nicht bestimmen.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung, Hannover, 28.1.2006

Keine Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst

Der Regionsverband von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich gegen die vom kommunalen Arbeitgeberverband geplante Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst aus. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist eine Arbeitszeitverlängerung ein falsches Signal. Es besteht die Gefahr des weiteren Abbaus von Arbeitsplätzen.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die ArbeitnehmerInnen bei der Durchsetzung ihrer Ziele!

Im drohenden Arbeitskampf appellieren die Grünen an die Gewerkschaften, dass die Einwohnerinnen und Einwohner durch den Abschluss von Notdienstvereinbarungen nicht unverhältnismäßig belastet werden.

Vor allem im Bereich der Kinderbetreuung und im Gesundheitswesen müssen ausreichend Notdienste durchgeführt werden.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung, Hannover, 28.1.2006

Kontakt Daten des Regionsverbandes:

Bündnis 90/Die Grünen, Regionsverband Hannover
Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover
Tel.: 0511 300 88 66, Fax: 0511 300 89 66

region@gruene-hannover.de oder die Geschäftsführer direkt über schuetz@gruene-hannover.de und isermann@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Kto. Nr.: 84 18 700, Blz.: 251 205 10, Bank für Sozialwirtschaft

Dies sind die Daten des ehemaligen KV-Hannover-Land.

Für die Zahlung der Mitgliedsbeiträge ändert sich nichts.



Impressionen von der Regions-Mitgliederversammlung am 28. Januar im KroKus, Hannover-Kronsberg: Bis zu 150 Mitglieder waren bei der Versammlung; gut gelaunt führten Angelika Schwarzer-Riemer und Anja Ritschel durch die Versammlung; Reinhard Bütikofer bei seiner Rede und drei Vorsitzende unter sich: Reinhard Bütikofer, Anne Dalig und Michael Pelke (von links), Fotos: Jörg Rutzen

Bezogen auf den Vorstand könnte man fast sagen: aus eins mach' zwei! Denn natürlich sind wir im Regionsvorstand vertreten, haben aber auch einen eigenen neuen Stadtvorstand. Am 28.01. wurden mit Anja Ritschel die bisherige KV-Vorsitzende und mit Thomas Schremmer ein neues Gesicht als Vorsitzender gewählt. Gabi Böker wird ab sofort als Schatzmeisterin die Finanzen im Auge behalten. Zusammen mit den BeisitzerInnen Katrin Mohr und Mark Bindert gibt es damit einen deutlich verkleinerten, aber nach wie vor hochmotivierten Stadtvorstand.

Die vordringlichste Aufgabe in diesem Jahr wird natürlich die anstehende Kommunalwahl sein. Bis zum 10. September – nein, bis zur OB-Stichwahl am 24.09. werden wir für mehr Grün in Hannover kämpfen. In Hannover geht es dabei zunächst um das Ende der „Ära Schmalstieg“, das unabhängig vom konkreten Wahlergebnis eintreten wird. Hinzu kommt, dass der langjährige Fraktionsvorsitzende unseres Koalitionspartners SPD, Klaus Huneke, ebenfalls seinen Rückzug aus der Kommunalpolitik erklärt hat. Wenn es also nach der Kommunalwahl zu Koalitionsverhandlungen und möglicherweise wieder zu einem Bündnis mit der SPD kommt, werden wir es mit neuen Akteuren zu tun haben. Ob dies auch einen Wechsel im Politikstil bedeutet, wird sich noch zeigen. Immerhin hat der sozialdemokratische OB-Kandidat schon mal vorsorglich angekündigt, er könne sich auch gut eine Koalition mit der FDP vorstellen. Heißt das, die SPD setzt nun ebenfalls auf Privatisierungen,

Ein Stadtverband startet durch!

Aus zwei mach' eins – so lautete das Motto unserer Fusion, bei der die Kreisverbände aus Stadt und Land sich zum Regionsverband zusammengeschlossen haben. Für uns als Stadtverband bedeutet dies auch so etwas wie einen kleinen Neuanfang.

Von Anja Ritschel und Thomas Schremmer, Stadt-Vorsitzende



Der neue Stadtvorstand von links: Thomas Schremmer (Vorsitzender), Anja Ritschel (Vorsitzende), Mark Bindert (Beisitzer), Gabi Böker (Schatzmeisterin), Katrin Mohr (Beisitzerin).

Grüne Autowelle, Stadtwerke-Anteilsverkauf und Stellenabbau? Dann müssen sie sich auf schwierige Verhandlungen einstellen! Denn unser Ziel ist ganz klar: Keine Stadtregierung ohne Grüne und vor allem nicht ohne GRÜNE

Politik! Wir können und wollen weiterhin mitgestalten, damit Hannover eine kinderfreundliche, weltoffene, soziale und lebenswerte Stadt bleibt bzw. dabei noch besser wird.

Eine GRÜNE Beteiligung an der Stadtregierung (und natürlich auch in der Region) hat dabei Bedeutung und Strahlkraft weit über Hannover hinaus, denn derzeit sind ja Grüne Regierungsbeteiligungen nicht gerade stark verbreitet. Zuletzt haben wir unsere Regierungsbeteiligung auf Bundesebene verloren, obwohl man eindeutig sagen muss: Der Grüne Anteil des rot-grünen Bündnisses ist nicht abgewählt worden! Dennoch sind wir aktuell auch an keiner Landesregierung beteiligt, weshalb unser Landesvorsitzender Raimund Nowak schon davon spricht, dass wir die einzige echte Oppositionsfraktion im Bundestag stellen. Eine Grüne „Regierungsbeteiligung in ei-

nem Ballungsraum mit rund 1,1 Mio. EinwohnerInnen wird daher auch über Hannover hinaus ein deutliches Zeichen setzen und Grüne andersorts neu motivieren können!

Mit dem Markt der Möglichkeiten am 10.02. im FZH Vahrenwald haben wir einen sehr guten gemeinsamen Wahlkampfauftritt gehabt. Ergänzend zu den Ansätzen der Fraktionen, FachAGen und der Bezirksräte-AG sind durch die große Beteiligung vieler Mitglieder zusätzliche Ideen und Projekte entwickelt worden, so dass wir ganz sicher mit einem überzeugenden Wahlprogramm auf die BürgerInnen Hannovers zugehen und für Grüne Politik werben können. Freuen wir uns also gemeinsam auf diesen Wahlkampf!

Was uns aber sicher auch beschäftigen wird, ist der Praxistest, den wir in unserer neuen Organisationsform zu bestehen haben. Wir alle haben ja aktiv daran mitgewirkt oder dies mindestens durch entsprechende Voten unterstützt, dass die Fusion der Kreisverbände Erfolg versprechend zustande gekommen ist. Dennoch wird sich erst jetzt wirklich zeigen, wie z.B. im Detail die Arbeitsteilung zwischen Regions- und Stadtverband aussieht.

Für die Ortsverbände in der Region hat sich ja gar nicht so viel verändert; für sie ist eben nur ein weiterer (wenn auch sehr großer) OV dazu gekommen. Als Stadtverband allerdings werden wir ein neues Selbstverständnis entwickeln müssen. Ein „Weiter so“ als gäbe es den Regionsverband nicht (als hätten wir uns bloß umbenannt), ist dabei sicher nicht der richtige Ansatz. Umgekehrt wird es aber auch nicht möglich sein, unseren Stadtverband mit allen übrigen Ortsverbänden gleichzusetzen. Wir haben schon allein aufgrund unserer Größe eine besondere Rolle. Diese Rolle im Regionsverband sinnvoll zu definieren und auszugestalten ist ein weiteres wichtiges Ziel für die nächsten Monate. Für all dieses setzen wir auf Eure tatkräftige Unterstützung, Mitarbeit und Einmischung!

Anja Ritschel
ritschel@htp-tel.de

Thomas Schremmer
thomas.schremmer@gmx.de

Danke!

Sagen wir allen, die in den Vorständen der Kreisverbände Hannover-Land und -Stadt gewesen sind, und nun nicht mehr im Regions- oder Stadt-Vorstand weiter machen:

Angelika Schwarzer-Riemer und Konstantin Knorr als SprecherInnen, Angela Klingrad, Gabi Hiller und Florian Rossol als BeisitzerInnen im Vorstand des Kreisverbandes Hannover-Land.

Jens Allerheiligen als Schatzmeister und Sabine Tegtmeyer-Dette als Beisitzerin im Vorstand des Kreisverbandes Hannover-Stadt.

Euch alles Gute und auf gute weitere Zusammenarbeit!



Entgegen der sonst bei Grünen gepflegten Sitzungskultur war zu einer anderen Veranstaltungsform eingeladen worden, bei der nicht satzungsgerechte Abstimmungsrituale im Vordergrund stehen sollten, sondern methodische Abwechslung.

Dazu hatten die OrganisatorInnen die Veranstaltung in drei Teile gegliedert:

„Markt der Informationen“

Auf dem „Markt der Informationen“ konnten sich die Mitwirkenden ein Bild über die Arbeit der grünen Arbeitsgruppen machen. Bunt und plakativ wurden auf vielen Stellwänden die Themenspektren und/oder -schwerpunkte dargestellt, mit denen sich die regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen beschäftigen. Ob zu Bezirksräten, Kindern und Jugend, Schule, Frauen, Abfall, Umwelt, zu Kultur, Sozialem, Verkehr, Berufsschulen, ob zu Wirtschaft, WiReNa, Personal und Organisation und/oder Bauen und Wohnen – es gab Informationen satt! Da an jeder Stellwand Ansprechpersonen aus den Facharbeitsgruppen standen, die entsprechenden Regionsabgeordneten und die Fraktionsmitglieder der Stadtratsfraktion vor Ort waren, kamen schnell erste Gespräche zustande. Über die Information hinaus konnte die Zeit so zum ersten Meinungs- und Erfahrungsaustausch genutzt werden.

Auch die grünen Kandidatinnen für das Amt der Regionspräsidentin, Doris Klawunde, und der Oberbürgermeisterin, Ingrid



Raimund sprach über die Herausforderungen, die die Kommunalwahlen an uns Grüne stellen werden, benannte die Rahmenbedingungen, und stellte Schwerpunkte heraus, auf die aus seiner Sicht der grüne Wahlkampf abzielen muss.

Veranstaltung „Markt der Möglichkeiten“

Viel geht mit Grün!

Die Grünen „können auch anders“! Das haben rund 80 Mitglieder und Interessierte am Freitag dem 10.2.2006 im Freizeithaus Vahrenwald gezeigt. Sie alle wirkten mit auf der Veranstaltung „Markt der Möglichkeiten“, die einstimmig sollte auf den bevorstehenden Kommunalwahlkampf.

Ein Bericht von: Birgit Teschner, Fraktionsreferentin.



Wagemann, nutzen die Gelegenheit sich und ihre Ideen auf dem „Markt der Informationen“ zu präsentieren.

Kurzreferat des Landesvorsitzenden

Bevor Raimund Nowak seinen Vortrag zum „Profil grüner Kommunalpolitik“ hielt, wurden die TeilnehmerInnen durch den Vorsitzenden des neuen Regionsverbandes Michael Pelke und die Vorsitzende des Stadtverbandes Hannover Anja Ritschel begrüßt.

„Hannover-cafe“

Für das „Hannover-cafe“ hatten die OrganisatorInnen eine Diskussionsmethode frei nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ kurzerhand umbenannt, die eigentlich „world-cafe“ heißt. Mit Hannover war selbstverständlich die Region mit ihren 21 Kommunen gemeint, von denen die Landeshauptstadt nur eine ist.

Zu jeder Frage wurde parallel an vielen Tischen in Kleingruppen diskutiert und alles Wichtige schriftlich festgehalten. Für jede



Frage hatten die Tische 20 Minuten Zeit, dann wechselten die TeilnehmerInnen und es gab eine neue Fragestellung.

Folgende Fragen wurden diskutiert:

1. Welche Themen liegen mir persönlich als BürgerIn der Region Hannover besonders am Herzen?
2. Welche Themen sind meiner Meinung nach für die Menschen in Hannover besonders wichtig (oder: von großer Bedeutung)?
3. Welche Themen sollen die Grünen im Kommunalwahlkampf in den Mittelpunkt stellen?

Schwerpunkte

In einem letzten Schritt fanden sich die Kleingruppen erneut zusammen, um aus den Diskussionen und Aufzeichnungen die drei wichtigsten Themen herauszufiltern und diese als Schwerpunkte zu benennen. Diese Schwerpunkte wurden auf Stellwänden gesammelt. In der Auswertung ergibt sich nun folgendes Bild einer Schwerpunktbildung durch die Mitwirkenden.

Grüne sollen sich einsetzen für:

- ausreichend Kinderbetreuungsplätze, für die Förderung, Bildung und Ausbildung auf allen Ebenen, vom Kleinkindalter bis zum jungen Erwachsenen
- Arbeitsplätze, besonders in Verbindung mit Ökologie – Arbeit durch Ökologie
- die Stärkung des ÖPNV und des Radverkehrs um den Individualverkehr zu senken
- Konzepte der Integration in unsere Gesellschaft.

Die Ergebnisse der Veranstaltung werden als Dokumentation ins Internet eingestellt.

Blinde Menschen erhalten wegen dieser Behinderung kein Pflegegeld, mit gutem Grund. Ihr Unterstützungsbedarf ist nicht Pflege, sondern das Überwinden div. Barrieren, die der selbständigen und eigenbestimmten Teilhabe am Leben in dieser Gesellschaft entgegenstehen. Blindheitsbedingter Mehrbedarf wird in Niedersachsen nun nur noch dann abgefangen, wenn die Voraussetzungen der Sozialhilfebedürftigkeit erreicht sind. Solange dies nicht der Fall ist, ist das Leben ohne Sehvermögen in Niedersachsen nunmehr Luxus, den die betroffenen Menschen sich halt aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe des Einkommens und Vermögens naher Angehöriger finanzieren sollen. Nun reden wir nicht über die angeblichen blinden Millionäre (hoffentlich sind Blinde in dieser Gruppe nicht ebenso unterrepräsentiert wie unter denjenigen Menschen, die eine Erwerbstätigkeit erlangen konnten), wir reden auch nicht über die angeblich gut situierte blinde Großmutter des Ministerpräsidenten (was hat sie ihm bloß getan). Für uns ist wichtig die Situation der blinden Frau, die auf das Einkommen ihres Ehegatten zurückgreifen muss, die Lage der blinden Paare, die ohne sehende Menschen leben und sich notwendige Hilfe weitgehend erkaufen (übrigens auch blinde Paare haben Kinder), die Herausforderung derjenigen die im hohen Maße beruflich und gesellschaftlich engagiert sind und deren Engagement „in der Welt der Sehenden“ den Bedarf an blindheitsbedingter Unterstützung überproportional ansteigen lässt usw. Nun leugnet auch die Landesregierung nicht ernstlich die Mehrbedarfe blinder Menschen, auch hat das Einsparvolumen den Landeshaushalt nicht saniert. Entscheidend ist für Schwarz-Gelb - und da bekommt der Kampf ums Blindengeld seine größere politische Bedeutung -

Noch 400.000 gültige Unterschriften bis zum Entscheid

Volksbegehren Blindengeld

Ziemlich genau vor 14 Monaten hat die Niedersächsische Landesregierung mit ihrer schwarz-gelben Landtagsmehrheit den Nachteilsausgleich für blinde Menschen faktisch abgeschafft. Niedersachsen war damit das erste Bundesland, das das Handicap, auch ohne Sehvermögen in einer optisch geprägten Gesellschaft am allgemeinen Leben teilhaben zu wollen, gänzlich privatisiert. Von Hans-Joachim Hoffmann, Grünes Mitglied im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld



Hans-Joachim Hoffmann ist auf allen Kanälen aktiv für das Volksbegehren Landesblindengeld - Hier bei "Hallo Niedersachsen".

der auch weiterhin angestrebte Paradigmenwechsel, weg von der Teilhabe hin zur Fürsorge - entkernen des Sozialstaates, hin zur Armenpolizei des 18. Jahrhunderts.

Die Grünen im Landtag haben dort nachdrücklich für die Beibehaltung des Nachteilsausgleiches gestritten. Die Partei ist schon in der Vorbereitungsphase als Bündnispartner dem vom Blindenverband gestarteten Volksbegehren beigetreten. Mitte Oktober 2005 waren beim Landeswahlleiter 132.000 gültige Unterschriften registriert, so dass die Landes-

regierung die Zulässigkeit des Begehrens prüfen muss. Vier Monate sind vergangen, ohne ein Ergebnis. Damit verhindert die Landesregierung, dass der Volksentscheid mit der Kommunalwahl zusammenfällt. Die Abschaffung des Blindengeldes peitschte Schwarz-Gelb hingegen in knapp fünf Monaten durch.

Der Kampf und das Sammeln von Unterschriften geht weiter. Die Aktion des Blindenverbandes „Jeder (gemeint ist der Unterschriftenbogen) bringt 10“ bittet euch alle um Unterstützung. Denkt bitte an die strengen Formalien, denn die Zahl der ungültigen Stimmen ist bislang sehr hoch. Nachdem die Regierung ihre Prüfung beendet haben wird, bleiben weitere sechs Monate zum Sammeln und wir brauchen noch 400.000 Unterschriften. Jeder Bogen zählt.

Hans-Joachim Hoffmann

hans.joachim.hoffmann@t-online.de



Yoga-Flieger unter Beobachtung

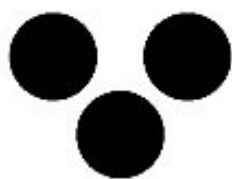
Was hat es mit den Yoga Fliegern auf sich, denen das Land das Grotesche Palais in der Nähe des Schauspielhauses verkauft hat? Das wollte unser Landtagsabgeordneter Enno Hagenah von der Landesregierung wissen. Das repräsentative Gebäude soll Basis für die umstrittene Maharishi-Organisation werden. Das Land behauptet nun, vor dem Verkauf an die „yogischen Flieger“ davon nichts gewusst zu haben. Sektenexperten warnen vor möglichen Gefahren durch die angebotenen Meditationstechniken. Laut Finanzministerium sei Maharishi die „einzige ernsthafte Interessentin“ gewesen, deshalb habe sie für 900 000 Euro den Zuschlag bekommen. Der ursprünglich erhoffte Kaufpreis von 2,8 Millionen Euro sei nicht zu erzielen gewesen, 2003 sei er auf 1,09 Millionen gesenkt worden. Laut Neuer Presse ist Maharishi Experten lange bekannt. Der Maharishi-Ursprung in Indien sei mittlerweile dem Hindu-Fundamentalismus zuzurechnen.

Wellness oder Weltherrschaft?

Das Land schrieb Enno Hagenah: Die Käufer hätten lediglich von Wellness-Angeboten, Schulungen und Büros gesprochen. „Eine informelle Anfrage beim Verfassungsschutz ergab, dass dort keine Erkenntnisse vorlagen.“ Der Verkauf sei in Ordnung.

Mittlerweile hat das Land allerdings auch Maharishis offizielle Mitteilungen im Internet gelesen. Sie haben Themen wie Weltherrschaft und ein „unbesiegbares Deutschland“.

„Eine kritische Haltung ist bei derartigen Äußerungen geboten“, findet jetzt auch das Land. „Daher wird das weitere Handeln der Weltfriedensstiftung durch die Landesregierung beobachtet.“ Der Kaufpreis wurde bereits im vergangenen Jahr bezahlt. Hoffen wir, dass dieser uns nicht noch teuer zu stehen kommt!



Volks begehren

Mehr Infos und Unterschriftenlisten unter: www.blindenverband.de

Grüne in Garbsen

Vor mehr als 20 Jahren hat sich der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen in Garbsen gegründet. Unser Ortsverband besteht aus 20 Mitgliedern, von denen aber nicht alle aktiv mitarbeiten können. Wir sind seit Jahren mit Martina März und Karl-Otto Eckartsberg im Stadtrat vertreten, außerdem ist Horst Oelze unser Mitglied im Ortsrat Alt-Garbsen.

Von Anne Dalig, OV Garbsen, Vorsitzende des Regionsverbandes



Martina März mit Leonie, Anne Dalig, Hans-Peter Wendorff, Karl-Otto Eckartsberg, Garbsener Vorstand und Ratsfraktion

Für eine kleine Partei ist die Ratsarbeit nicht immer leicht, aber mit Beharrlichkeit und frischen Ideen ist es immer gelungen, Grüne Akzente in die Rats- und Gremienarbeit einzubringen.

Bei unseren regelmäßigen Mitgliederversammlungen diskutieren wir über aktuelle kommunale, landes- oder bundespolitische Themen, zu denen wir sehr gern interessierte Nichtmitglieder begrüßen. Wir laden auch häufig Gäste ein, unsere nächsten Gäste sind die beiden Bürgermeisterkandidaten in Garbsen. Da wir wahrscheinlich keine/n eigene Kandidatin stellen werden, wollen wir aber trotzdem bei diesen Gesprächen unsere grünen Ideen einbringen.

Daneben werden Veranstaltungen, wie in diesem Jahr unser flammender Frühlingsempfang am Berenbosteler See und Vorträge organisiert.

Die nächste Veranstaltung findet Anfang März unter dem Motto „Teilaustritt aus dem Wasserverband“ statt. Die Verwaltung plant, den gemeinsamen Wasserverband zu verlassen, um mit der Veräußerung der Garbsener Anteile den Haushalt zu konsolidieren. Wir befürchten, dass damit auch der Preis des Wassers auf Dauer nicht haltbar sein wird.

Aktuell wollen wir unser altes Einkaufszentrum wieder zum Leben erwecken. Dieses wird durch den Eigentümer seit Jahren vernachlässigt. Wir haben eine Flugblattaktion initiiert und wollen mit den Kunden ins Gespräch kommen, um auch deren Meinung

bekannt zu machen und damit den Eigentümer zum Handeln zu veranlassen.

Ein weiterer Punkt, den wir mit den Isernhagenern und Langenhagenern teilen, ist die Fluglärmbelastung. Auch dort sind wir im ständigen Austausch und immer wieder ein Stachel im Fleisch der Flughafenerbetreiber.

Überhaupt ist die Lärmbelastung ein großes Thema bei uns, da auf der einen Seite die A2 und auf der anderen Seite die B6 direkt durch unsere „Wohnzimmer“ führen. Eine Umfrage und die Einrichtung eines Lärmtelefons sind von den Bürgern sehr positiv aufgenommen worden.

Wer Lust hat, bei uns reinzuschauen ist gerne willkommen!

Wir treffen uns jeden Montag um 20:00 Uhr im Büro der Ratsfraktion der Grünen, Rathausplatz 1, Telefon 05131 - 707635

Ihr erreicht den Vorstand und die Fraktion per eMail: OV.Garbsen@gruene.de oder telefonisch

Karl Otto Eckartsberg, Vorstand und Fraktion, 05137 121051, Hans-Peter Wendorff, Vorstand, 05031 72982, Anne Dalig, Vorstand, 05137 10893, Martina März, Fraktionsvorsitzende, 05131 55533

Nach Döhren-Wüfel gehören...

...noch die Stadtteile Mittelfeld, Seelhorst, Waldhausen und Waldheim. Mit den uns umgebenden Grünzügen Eilenriede oder Leinemasch sind auch politische Inhalte zu verknüpfen.

Von Mark Bindert, Mitglied im Stadtvorstand



Sommerfest der Stadtteilgruppe in Döhren

Neben den 21 noch politisch zu aktivierenden Mitgliedern, sind zur Zeit zehn Aktive in der Stadtteilgruppe. Zudem stellt der Stadtbezirk gerade die Mehrheit des Stadt-Vorstandes.

Auf unseren regelmäßigen Treffen im Mütterzentrum begleiten wir die Bezirksratsfraktion bei ihrer Arbeit. Das Mütterzentrum ist kein willkürlicher Anlaufpunkt, sondern wir begleiten das Mütterzentrum, das mittlerweile als Mehrgenerationenhaus sogar von der Bundesfamilienministerin gelobt wird, von Anfang an. Nicht nur finanziell haben wir uns immer wieder beim Bezirksrat oder auf Stadtebene dafür eingesetzt.

Das Augenmerk liegt meistens auf Aktivitäten direkt vor der Haustür. So haben wir aus unserem über 40 Punkte umfassenden Programm, das wir für die laufende Legislaturperiode verfasst haben, außer der Idee, Streuobstwiesen im Stadtteil zu schaffen (dazu haben wir noch bis September Zeit), alle anderen Punkte umsetzen können. So ist der Seelhorster Bruch an den ÖPNV angeschlossen, der Fiedeler Platz wurde mit Straßenschwellen ausgestattet, die Neugestaltung der Wiebergstraße läuft gerade, um nur die größten Erfolge zu nennen. Einen Wehmutstropfen gibt es allerdings: Bei dem erneuerten Leineweher haben wir vergeblich für den Einbau von Generatoren

gekämpft. Dabei wurden wir von unserem Kooperationspartner im Bezirksrat, der CDU, im Stich gelassen. Abgesehen davon war die Zusammenarbeit mit der CDU durch großes Vertrauen und effektives Arbeiten gekennzeichnet,

was von den anderen Parteien missgünstig beäugt wurde.

Bei allen Wahlkämpfen im Stadtteil sind wir präsent, und das nicht nur mit den üblichen Ständen, sondern auch z.B. mit einem Sommerfest. Der Wahlkampf stellt auch immer einen Anreiz dar, über bundespolitische Themen zu diskutieren. Ob es sich um Hartz IV, die neue Sozialgesetzgebung oder Energiepolitik handelt.

Für die kommenden Treffen haben wir uns vorgenommen, über die Themen für die Bezirksratsarbeit der kommenden Jahre zu sprechen. Ein gutes Programm, so hat uns die Vergangenheit gezeigt, erleichtert sowohl die Arbeit der Bezirksratsmitglieder, als auch die Durchsetzung von grünen Interessen beim großen Kooperationspartner. Wer also Lust verspürt, sich für seinen Stadtteil einzubringen, ist bei uns nicht nur jeden ersten Montag im Monat richtig aufgehoben, denn neben der politischen Arbeit gibt es auch gemeinsame Grillabende oder Wahlpartys, bei denen auch mal andere Themen im Vordergrund stehen.

Ihr erreicht uns per e-mail über den Stadtverband Hannover, oder unsere StadtteilgruppensprecherInnen:

Claudia Meyer, Stadtteilgruppensprecherin, Tel 70 10 754
Werner Vanghel, Stadtteilgruppensprecher, Tel 844 26 96

Zur Erinnerung: Seit 2002 ist die EU-Richtlinie, die aus 1996 stammt, in das Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) übersetzt und damit nationales Recht. Zuständig für den Vollzug sind die Bundesländer. § 47 BImSchG sieht unter anderem vor, dass die Behörde bei Überschreitung der Grenzwerte einen Luftreinhalteplan aufzustellen hat, der die erforderlichen Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung der Luftverunreinigungen festlegt. Bereits wenn auch nur die Gefahr besteht, dass die Immissionsgrenzwerte überschritten werden, muss die Behörde einen Aktionsplan aufstellen, der festlegt, welche Maßnahmen kurzfristig zu ergreifen sind. Die Öffentlichkeit ist bei der Aufstellung der Pläne zu beteiligen, und die Pläne müssen zugänglich sein.

Es geht nicht nur um Feinstaub

Die Feinstaubproblematik ist eng verbunden mit der Belastung durch Stickoxide und Lärm. Auch diese weiteren Emissionen regelte die EU-Kommission in Richtlinien: Stickoxide ab 2010 und Lärm ab 2007. Während in anderen Bundesländern Luftreinhaltepläne erstellt wurden, geschah dies in Niedersachsen für keine Kommune.

Da es hier um die Gesundheit der Bevölkerung geht, reichte ich im August letzten Jahres Klage gegen das Land Niedersachsen beim Verwaltungsgericht Hannover ein. Später präzisierte das Gericht als Klagegegner das Umweltministerium.

Ich stellte den Antrag, das Land Niedersachsen zu verurteilen, für das Gebiet der Landeshauptstadt Hannover einen immissionschutzrechtlichen Aktionsplan im Hinblick auf Überschreitungen der für Feinschwebstaub verordneten Immissionsgrenzwerte aufzustellen, in dem festgelegt wird, welche geeigneten Maßnahmen im Stadtgebiet von den örtlich zuständigen Behörden kurzfristig zum Schutze der Gesundheit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu ergreifen sind.

Da das Land Niedersachsen keinen Zeitpunkt zur Vorlage des Luftreinhalte- bzw. Aktionsplanes nennen konnte, bat ich darum, hier einen Termin zu setzen. Ergänzend forderte ich planunabhängige Sofortmaßnahmen.

Allerorten dicke Luft!

Klage gegen Feinstaub

Ende Januar sorgte unsere Bezirksratsfrau aus der Südstadt, **Waltraud Tegtmeyer**, mit Ihrer Klage gegen das Land zur Feinstaubbelastung für Aufsehen. Hier erläutert sie die Hintergründe ihrer Klage.

Ein Bericht von **Waltraud Tegtmeyer**, Bezirksratsfrau in der Südstadt



Ein abschreckender Teil der Sallstraße (in der Nähe zur Marienstraße) mit erheblicher Feinstaubbelastung und vielen Ladenleerständen

In meiner Klageschrift bezog ich mich auf den 11. Materialband für Maßnahmenpläne nach der EU-Richtlinie zur Luftqualität, herausgegeben im Jahre 2005 vom Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim, ZUS Umweltmeteorologie, vormals Niedersächsisches Landesamt für Ökologie (Bezug: www.luen-ni.de - zum Lesen empfohlen).

Dicke Luft in fünf Bereichen

In Hannover ergeben sich nach dieser wissenschaftlichen Studie fünf großräumige Überschreitungsbereiche (Nord, Mitte, West, Südost und Südwest), die bei einer gesamtstädtischen Maßnahmenplanung gemeinsam angesprochen werden sollten.

Für mich, die ich in der Sallstraße wohne, ist der Überschreitungsbereich Südost maßgeblich, der sich ellipsenförmig vom Schiffgraben im Norden zum Stadtteil Bult im Osten, im Süden bis zur Sallstraße und als Endpunkt zum Friedrichswall hin erstreckt. Hauptauslöser ist der Verkehr auf

der Marienstraße, wobei die Emissionen großflächig ausstrahlen in die verkehrsberuhigten Straßen ohne Durchgangsverkehr.

Am 24. Januar fand die mündliche Verhandlung statt. Vertreter/-innen der HAZ, NP und Bild-Zeitung waren anwesend, ebenso eine Reporterin des NDR 1 - Radio Niedersachsen. Diese Medien berichteten auch. Der vorsitzende Richter deutete an, dass meine Klage wegen des Formfehlers, mein Begehren nicht zuerst bei der Behörde vorgetragen zu haben, wenig Aussicht auf Erfolg habe. So zog ich zurück, um Kosten zu sparen. Allerdings ging das Gericht auf den Zeitpunkt zur Vorlage des Luftreinhalteplans für Hannover ein, insistierte hier und erreichte vom zögernden Vertreter des Umweltministeriums die Zusage: Juni 2006. Dies wertete ich als einen erheblichen Erfolg. Und dem vorsitzenden Richter sagte ich, dass mein Formfehler ja leicht zu heilen sei... Zehntausende Menschen sterben in Deutschland wegen der Feinstaubbelastung vorzeitig, verlieren also Lebenszeit. Eine diametrale Wende in der Verkehrspolitik, deren Anzeichen aber nicht einmal zu ahnen sind, wäre angesagt. Was ich bedaure: Das Gericht befasste sich aufgrund meines Formfehlers nicht mit der Klagebefugnis, die bisher von der Mehrheit der Verwaltungsgerichte verneint wurde. Ich werde mich weiterhin mit der Feinstaubproblematik befassen und mich nun auch rechtlich beraten lassen. Wir werden sehen.

Waltraud Tegtmeyer
waltraudtegtmeyer@t-online.de



Einladung zum nächsten Treffen von Generation Grün: Zeitreise durch die Stadtentwicklung - Stadtführung zur Entwicklung Hannovers

Die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Stadt Hannover sind noch heute an verschiedenen Bauten und Eigenarten der Stadtdachitektur erkennbar.

Diese verschiedenen Phasen möchten wir im Rahmen einer Stadtführung zu Fuß besuchen und diskutieren. Die Beschäftigung mit vergangenen und aktuellen Plänen soll hierbei die Plattform sein, um über die zukünftige Stadtentwicklung zu diskutieren.

Wir treffen uns am Montag, den 27. Februar 2006, um 17.00 Uhr am nördlichen Maschseeufer an der Ecke Kurt-Schwitters-Platz.

Von dort aus führt uns Michael Dette, baupolitischer Sprecher der grünen Stadtratsfraktion, durch die Stadt.

Wir bitten um Anmeldung an generation-gruen@gruene-hannover.de.

Generation Grün ist ein Kreis junger Grüner unter 30.

Die Veranstaltung ist für alle offen!



EU Förderung

Niedersachsen ist finanziell voraussichtlich in den nächsten Jahren das von der EU am stärksten geförderte westliche Bundesland Deutschlands. Ein Sachstandsbericht von Enno Hagenah.

Durch einen statistischen Effekt erhält der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg alleine mit rund 750 Mio Euro von 2007 bis 2012 genauso viel EU Förderung, wie die übrigen drei ehemaligen Bezirke Weser-Ems, Hannover und Braunschweig zusammen.

Für die Region Hannover hat das Thema eine besondere Bedeutung, weil weite Teile der Region ab 2007 erstmals wieder die Chance auf Förderung aus den EU Strukturfonds haben. Bisher konnten hier nur Mittel aus den EU Sozialfonds eingesetzt werden. Diese neuen Möglichkeiten wären eine große Chance zur Standortsicherung und nachhaltigen Entwicklung.

Der Geldsegen besonders im ehemaligen Bezirk Lüneburg gibt im Vorfeld schon Anlass für Kritik aus Bremen und Hamburg, die einen verschärften Förderwettbewerb befürchten.

Aber auch in Niedersachsen selbst herrscht Unruhe. Finanzstarke Landkreise in Weser Ems fordern die pauschale Überweisung der anteiligen Mittel vom Land, weil sie die Reglementierung durch zukünftige Fördervorgaben umgehen möchten. Ein Ansinnen, das mit den EU Förderbestimmungen nicht vereinbar wäre. Andere sehen angesichts der knappen Landeskasse und der von der großen Koalition im Bund angedrohten Streichung der GA Mittel, sogar die Förderung insgesamt wegen noch fehlender Gegenfinanzierung gefährdet.

In der Landesregierung tobt aus ideologischen Gründen noch eine weitere Diskussion. Die von der EU vorgegebenen Ziele der zukünftigen Förderung sind Nachhaltigkeit (Göteborg Beschlüsse) und Beschäftigungssicherung (Lissabon Beschlüsse) mit dem Schwerpunkt „Stärken stärken“ besonders auch in städtischen Wachstumskernen. Das steht im Konflikt mit der niedersächsischen CDU/FDP Doktrin zur Stärkung des ländlichen Raumes. Die

Landesregierung hat sich derart verbissen, dass ernsthaft erwogen wurde, die großen Städte in Niedersachsen aus der EU Förderung auszuschließen. Nun wird darüber nachgedacht, die Möglichkeit zur kommunalen Gegenfinanzierung der EU Förderung einzuschränken. Eine Verknappung der Mittel für finanzstärkere Regionen, aber in der Konsequenz auch der Verzicht auf Fördergeld für Niedersachsen insgesamt wären die Folgen.

Die Landtags-Grünen sind klar gegen diese Irrwege und wollen die Diskussion mit eigenen Vorschlägen gestalten und die EU Förderung sichern. Grundbedingung soll eine nachzuweisende nachhaltig positive Wirkung jeder Förderung im Sinne der Beschlüsse von Lissabon und Göteborg sein und ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Nachteilsausgleich und „Stärken stärken“.

Städte und großstädtische Ballungsgebiete sind die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung. Städte sind wichtige Akteure der regionalen Entwicklung, was die Entwicklung der umliegenden ländlichen Gebiete einschließt. Eine Region ist erfolgreich, wenn ihre Städte erfolgreich sind, ebenso wie eine Stadt von einer positiven Entwicklung der Großregion profitiert.

Der Nachteilsausgleich bisheriger Prägung soll nach Ansicht der Grünen in Niedersachsen künftig nur noch auf die demografisch besonders belasteten Bereiche Harz, Weserbergland, Lüchow-Dannenberg, Uelzen und die Küstenregion angewandt werden. Hier muss das Land für die Gegenfinanzierung einstehen.

Kommunale und private Mitfinanzierung dürfen im übrigen Land aber nicht künstlich eingeschränkt werden, um möglichst alle zur Verfügung stehenden EU Mittel zu akquirieren.

Enno Hagenah
 enno.hagenah@lt.niedersachsen.de



Wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode werde ich Euch über meine Arbeit in Berlin und im Innenausschuss regelmäßig informieren. Wenn Ihr Anregungen oder Gesprächswünsche zu den Themen haben, wendet Euch bitte telefonisch oder per Mail an mein Büro.

Innenpolitisches Roll-Back

Kaum hat sich die große Koalition aufgestellt, wird erkennbar, was uns die nächsten Jahre erwartet. Der Datenschutz wird nur noch als Hinderungsgrund für eine wirksamere Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung angeprangert und unter dem Label des Bürokratieabbaus zur politischen Plünderung freigegeben. So wurden bereits die Telekommunikationsdaten mit der ausgehandelten Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung zum Abschluss freigegeben. Auch die Mautdaten will der Innenminister jetzt für präventive und Strafverfolgungszwecke nutzen. Im Melde- und Ausweiswesen soll eine ausschließliche Bundeszuständigkeit eingeführt werden. Damit sind die Voraussetzungen für ein Bundeszentralregister oder ein Informationsverbund der Landesmelderegister mit einem Personenkennzeichen zumindest vorbereitet. Auch fehlt jedes Bekenntnis, das Informationsfreiheitsgesetz auszufüllen und positiv zu begleiten. Kein Wort zu mehr Transparenz, etwa im Verwaltungsverfahren. Direkte Demokratie wird lediglich „geprüft“.

Sicherheitskonzept zur Fußball-WM 2006

Im Rahmen der Vorbereitungen für die Fußball-WM werden Personen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Zugang zu den Stadien erhalten, einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern unterzogen. Betroffen sind über 250.000 Personen, die ohne Ticket Zugang zu den Stadien erhalten. Hierbei gibt das Bundesamt für Verfassungsschutz ein „empfehlendes Votum“ ab, das beim BKA in ein „sicherheitsbehördliches Gesamtvotum“ aller beteiligten Überprüfungsstellen einfließt. Dieses Gesamtvotum übermit-

telt das BKA als „sicherheitsbehördliche Empfehlung“ an das Organisationskomitee Deutschland der FIFA WM 2006. Die Entscheidung über den Zugang trifft zwar das Organisationskomitee. Es wird sich aber in der Praxis an die Empfehlung der Sicherheitsbehörden halten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen der Fußball WM für eine erforderliche Maßnahme. Allerdings sollte hierfür eine klare gesetzliche Regelung bestehen, da Problematiken – wie z.B. Arbeitsplatzverlust – auftreten können, wenn fehlerhafte Informationen übermittelt werden. Um diese Fragen zu klären, haben wir eine kleine Anfrage gestellt.

Vorratsdatenspeicherung

Leider hat nun auch das EU-Parlament seinen Widerstand gegen die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung aufgegeben. Gegen die Stimmen der Grünen nahm es die vorgeschlagene Richtlinie an. Danach können sämtliche Telekommunikationsverbindungsdaten zwischen 6 und 24 Monaten gespeichert werden. Über die Erstattung der hierfür anfallenden Kosten sollen die nationalen Parlamente entscheiden. Damit hat die Bundesregierung klar am vom Bundestag in der letzten Legislatur erteilten Mandat vorbei verhandelt. In einem einstimmig angenommenen Antrag zum Bericht des Datenschutzbeauftragten wurde sie nämlich aufgefordert, an dem in der Novelle des Telekommunikationsgesetzes vorgesehenen Verbot einer solchen Speicherung festzuhalten. Wir haben einen Antrag „Freiheit des Telefonverkehrs vor Zwangsspeicherung“ eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, der Speicherung von Daten von mehr als 450 Millionen Bürgern nicht zuzustimmen.

Kontakt:

Grünes Zentrum, Wahlkreis-Büro, Jeanette Weinrich, Tel.: 0511 30 66 52, silke.stokar@wk.bundestag.de

Eure Silke Stokar
 silke.stokar@wk.bundestag.de
 Tel.: 0511 30 66 52



Grüne Region

Die regionale Naherholung wurde in den letzten Jahren immer weiter finanziell zurückgedrängt. Jetzt kann sie mit dem Leuchtturmprojekt Gartenregion 2008 neu gestärkt werden.

Von Brigitte Nieße, Mitglied der Regionsfraktion und Beisitzerin im Regionsvorstand

Im Jahr 2008 sollen in der Region Hannover die Vielzahl der Gärten und Gartenkulturen neu herausgestellt, das Besondere einzelner Gärten betont, die regionale Gartenlandschaft mit attraktiven Gartenwegen vernetzt und durch eine Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen (Lesungen, Konzerte, Ereignisse, usw.) ergänzt werden.

Der Begriff Garten sollte auch Parkanlagen mit Industriedenkmälern (Zechenpark Barsinghausen, Mergelgrube Misburg) einbeziehen.

Ziel ist es, die Region Hannover zu präsentieren, die Bedeutung der Naherholung ins öffentliche Bewusstsein zu rufen und durch das gemeinsame Projekt die Identifikation mit der Region zu stärken.

Veranstalter sind dann auch die Region und die 21 Kommunen. Ihre Partner suchen Sie sich in Unternehmen, Vereinen, und Privatpersonen.

Eine neue Machbarkeitsstudie der Nord/LB (kann bei Katja Busch, Tel.: 0511-616122082; katja.busch@region-hannover.de angefordert werden) zeigt auf, dass positive wirtschaftliche Ausstrahlungen dieses Projektes möglich sind, wenn man viel Geld in die Hand nimmt und das Ganze professionell organisiert.

Alle Kommunen gewinnen durch die Beteiligung an der „Gartenregion 2008“. Sie profitieren von der Gesamt-Marketingkampagne und von den Aktivitäten vor Ort im Gartenjahr selbst und in den Folgejahren.

Seit 2005 werden bereits an einigen Orten Veranstaltungen als „Wegweiser“ für 2008 durchgeführt, z. B. Blumenpflanzaktionen. Erste Ideen zur Zeche in Barsinghausen und einem Pfad in Brelingen liegen vor. Einen konkreten Projektplan gibt es aber noch nicht und die Kontaktsuche mit möglichen Akteuren und

Entscheidern vor Ort befindet sich im Aufbau.

In grüner Runde haben wir das Projekt Gartenregion in der AG WiReNa ausführlich diskutiert.

Wichtig ist uns allen die (Wieder-)Belebung der Regionalen Naherholung für die Bürger/-innen der Region und die Stärkung der regionalen Identität durch das gemeinsame Projekt.

Dass das Projekt auch über die Grenzen der Region wirken soll, wird von uns unterstützt. Dies sollte dann aber nicht aus dem Etat der Naherholung, sondern von der Wirtschaftsförderung/Tourismus finanziert werden. Die regionale Naherholung muss weiterhin mit investiven Mitteln für die Bürger/-innen Ausbau, Verbesserung, Vernetzung und Lenkung von Maßnahmen zur Naherholung im Einklang mit dem Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft verfolgen.

Für uns Grüne in der Region Hannover bietet die „Gartenregion 2008“ die Chance, die lokale und regionale Naherholung auszubauen. Die Kommunen in der Region Hannover können bei der Realisierung attraktiver Projekte unterstützt werden. Die Beteiligung der Kommunen, Vereine, etc. sollte daher angeregt und aktiv begleitet werden.

Die Regionsfraktion ist in den Prozess eingebunden und unterstützt euch bei den Aktionen, damit die Gartenregion 2008 ein voller Erfolg wird - für die Region Hannover, für die Naherholung und für die Grünen. Das Projekt Gartenregion muss dabei auch über das Jahr 2008 hinaus mit vielen seinen Maßnahmen zur Verfügung stehen und damit nachhaltigen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger der Region bringen.

Brigitte Nieße
nieße@plan-zwei.com



AUS DEM LANDTAG

Enno als Sportreporter

Eine aktuelle Stunde der FDP zur Fußball WM, die eigentlich die Leistungen der schwarz-gelben Koalition bei der Vorbereitung des Mega-Events abfeiern sollte, nutzte Enno für eine Persiflage auf die Landesregierung im Stil einer Fußballreportage. Einige Auszüge:

Wulff dribbelt als hängende Spitze unablässig durch den gegnerischen Strafraum und der Rest versammelt sich zur Verteidigung auf der Torlinie. Dazu gehören der notorische Rechtsaußen Schünemann. Der ist zwar schon zweimal vom Verfassungsgericht vom Platz gestellt worden – spielt aber trotzdem einfach weiter. Der völlig übermotiviert spielende Busemann, auf dem Platz nicht so erfolgreich – aber nach dem Spiel immer der erste am Mikrofon.

Last but not least: die labilen Doppel-Liberos Hirche und Sander, zwei Schwalbenkönige, denen ihr Teamchef sogar noch in der Halbzeitpause die Spielregeln erklären muss.

Grüner Gesetzentwurf zur Stärkung des Einzelhandels

Die Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Bildung von Innovationsbereichen vorgelegt, der gewachsene Einzelhandels- und Dienstleistungszentren in Kommunen stärken soll. Das Gesetz soll die Eigeninitiative der Mittel- und Kleinunternehmer fördern und ihnen die Möglichkeit geben, in ihrem Quartier aktiv bei der Planung und Finanzierung von Projekten mitzuarbeiten. Zwar gäbe es schon viele freiwillige Citygemeinschaften meint Enno, doch ohne den förmlichen Finanzierungsrahmen sei es für diese bisher unmöglich, „Trittbrettfahrer“, die ohne eigene Beiträge den Nutzen mitnehmen, finanziell mit zu beteiligen.

Um einen Innovationsbereich zu gründen, bedarf es vorher einer breiten Zustimmung der Beteiligten.

Die Fraktion will damit sowohl den Städten helfen, die vom Ladensterben bedroht werden, als auch den Einzelhändlern, die sonst wenig Möglichkeiten ha-

ben, gegen die in viele Zentren drängenden Großunternehmen (wie ECE) zu bestehen.

Diese Art von eigenständiger Förderung läuft nicht nur im Ausland bereits mit Erfolg, sondern auch in anderen Bundesländern.

Die niedersächsischen Regierungraktionen sei jedoch bisher zu zögerlich, kritisiert Enno: „Die FDP sieht die Freiheit bedroht und die Hauseigentümer-Lobby in der CDU steht auch auf der Bremse.“

Maut Ausweichverkehre

Auf die grüne Plenaranfrage zur Belastung durch Lkw-Mautausweichverkehre in Niedersachsen, hat der Wirtschaftsminister erst nachträglich die Daten vorgelegt. Entgegen der verharmlosenden mündlichen Antwort von Minister Hirche, zeigt sich nun, dass nach wie vor an mehreren Ausweichstrecken extrem hohe Belastungen zu verzeichnen sind.

Während Hirche noch von einem Rückgang zum Ende 2005 auf durchschnittlich deutlich unter 20 % bei der Lkw Zunahme durch Maut gesprochen hatte, sind die Belastungen z.B. an der B 65, der B 75 und an der B 4 noch immer mehr als 40 % über dem Vorjahreswert.

Enno ist sauer: „Minister Hirche versucht die Probleme klein zu reden, um dem berechtigten Ärger der Anwohner die Legitimation zu entziehen. Die Zahlen belegen aber, dass das Land deutlich mehr Unternehmen muss, damit die Belastung der Anwohner zurückgeht. Das neue Durchfahrtsverbotsschild für Lkw wird zu zögerlich aufgestellt. (In Hannover z.B. erst Ende Juni.) - Kontrolle und Sanktionen gegen Mautflüchtlinge müssen verschärft werden.“

Auf Nachfrage hatte sich auch der Wirtschaftsminister für eine Erhöhung des Bußgeldes ausgesprochen, das derzeit bei nur 20 Euro liege. - Es bleibt aber die Frage, warum Hirche einer so schlappen Regelung im Bundesrat dann aber erst kürzlich zugestimmt hat.

Euer Enno Hagenah
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



Die grünen Abgeordneten in der Regionsversammlung



Serdar Saris

Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Wohnungswesen
 [Tel. d.] 0511 - 70 14 60
 [Fax d.] 0511 - 70 14 639
 [Mobil] 0177 - 889 31 15
 [Mail] serdar.saris@gmx.de



Doris Klawunde

Stellv. Regionspräsidentin, Stellv. Fraktionsvorsitzende, Gesundheitspolitische Sprecherin
 [Tel.] 0511 - 61 62 20 84
 [Fax] 0511 - 61 62 24 91
 [Mail] dklawunde@web.de



Brigitte Nieße

Stellv. Fraktionsvorsitzende, Vorsitzende des Umweltausschusses, Sprecherin für Regionalplanung und Naherholung
 [Tel. d.] 0511 - 27 94 95 42
 [Tel. p.] 0511 - 70 87 57
 [Mail] niesse@plan-zwei.com



Peter Steffen

Mitglied im: Kultur- und Sportausschuss, Verkehrsausschuss, Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeines Ordnungswesen, Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation, Schulausschuss
 [Tel. p.] 0511 - 63 75 38
 [Mail] gruene@region-hannover.de



Mark Meißner

Wirtschafts- und jugendpolitischer Sprecher, stellv. Vorsitzender Werksausschuss I. u. K.
 [Tel. d.] 0511 - 168 45250
 [Tel. p.] 0511 - 363 12 42
 [Mobil] 0179 - 791 68 44
 [Mail] Mark.Meissner.Gruene@hannover-stadt.de



Dr. Annemarie Schacherer

Umwelt- und frauenpolitische Sprecherin
 [Tel.] 0511 - 61 62 20 85
 [Fax] 0511 - 61 62 24 91
 [Mobil] 0170 - 1744050
 [Mail] annemarie.schacherer@t-online.de

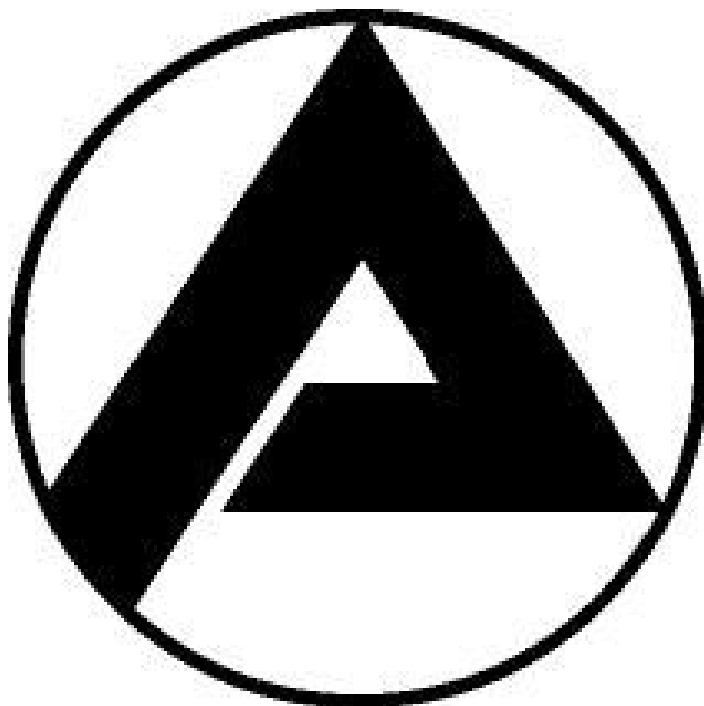
Fraktionsbüro

Androsch Wyborny, Katja Buch, Sabine Nolte
 Hildesheimerstr. 20, 30169 Hannover
 Tel. 0511-616 2 2084
 Fax 0511-616 2 2491
 www.gruene-region.de

Eure Regionsfraktion
 gruene@region-hannover.de
 Tel.: 0511 616 22 084

Blick auf Hannovers ARGE

In der Sozialausschusssitzung des Hannoverschen Rates ging es am 16. Januar um den Informations- und Meinungsaustausch mit der Geschäftsführung der ARGE.
 Ein Bericht von Hannelore Mücke-Bertram, Sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion, Hannover.



Zur Beantwortung der Fragen brachte ARGE-Geschäftsführer Thomas Heidorn seine Stellvertreterin Frau Grobe, zuständig für Leistungsgewährung und -organisation, seinen Stellvertreter Herrn Waldburg, zuständig für Markt und Integration mit.

Kurze Darstellung der Diskussionsergebnisse:

70 % der Erwerbslosen in der Region werden von der ARGE „versorgt“, bekommen also Arbeitslosengeld II (Tendenz ist steigend auf 80 %). Erfolgsmeldung: alle Jobcenter (JC) sind eingerichtet und mit ihrer Infrastruktur arbeitsfähig.

In Hannover gibt es folgende JC: JC Mengendamm, Bereichsleitung Herr Waldburg, zuständig für die Stadtteile List, Vahrenheide, Sahlkamp, Bothfeld, Groß-Buchholz, Lahe, Isernhagen-Süd, Misburg, Anderten, Heideviertel, Kleefeld.

JC Walter-Gieseck-Karree, Bereichsleitung Frau Grobe, zuständig für die Stadtteile Stöcken, Leinhausen, Herrenhausen, Hainholz, Vahrenwald, Vinnhorst, Burg, Ledeburg, Teile Südstadt und Calenberger Neustadt.

JC Freundallee, Bereichsleitung Herr Meinecke, zuständig für die Stadtteile Oststadt, Südstadt, Bult, Zoo, Wülfel, Seelhorst, Mitelfeld, Waldhausen, Waldheim, Döhren, Wülferode, Bemerode, Kirchrode, Anderten.

JC Calenberger Esplanade, Bereichsleitung Frau Wesemeyer, zuständig für die Stadtteile Linden Süd und Nord, Ahlem, Bornum, Linden Mitte, Limmer, Davenstedt, Badenstedt, Mühlberg, Wettberg, Ricklingen, Oberricklingen, Ronnenberg.

JC U25, Bereichsleitung Klaus Galonska, zuständig für Erwerbslose unter 25 Jahre, Escherstr. 17 (in der Arbeitsagentur).

Der Personalbedarf von ursprünglich geplanten 830 Stellen in den JC ist um 210 Stellen aufgestockt worden, da die Zahl der erwarteten Bedarfsgemeinschaften von 45.000 im Januar 2005 auf etwa 65.000 heute angestiegen ist. Es gibt jetzt 1.040 Vollzeitstellen, die MitarbeiterInnen kommen überwiegend aus der Arbeitsagentur und dem Fachbereich Soziales der Stadt Hannover.

Die Höhe des Eingliederungshaushaltes soll gleich (wie 2005 = 98 Millionen) bleiben, aber 2006 wird die intensive Betreuung der Erwerbslosen im Vordergrund stehen.

Im Segment Leistungsgewährung und -organisation stehen der Rückstandsabbau der Anträge und die Qualitätssicherung und der Qualifizierungsbedarf für die MitarbeiterInnen im Vordergrund. Es gibt eine in Hannover angesiedelte Einheit (10 Stellen) für die regionsweite Aufdeckung von Leistungsmissbrauch.

Im Segment Markt und Integration steht die Qualifizierung der Erwerbslosen für den Arbeitsmarkt an erster Stelle, die Strategien der Eingliederungen sollen optimiert und Eingliederungsvereinbarungen geschlossen werden. Eine entsprechende Maßnahmeplanung soll Anfang Februar abgeschlossen sein.

Blitzlichter:

Mütter mit Kindern unter drei Jahren werden nur auf eigenen Wunsch vermittelt.

ArbeitgeberInnen können Eingliederungszuschüsse bekommen.

Die Trägervertretung der ARGE wird Ende Januar ein Markt- und Integrationskonzept vorlegen.

Die Bewilligungszeit für ALG II soll über sechs Monate hinaus verlängert werden (erspart Verwaltungsarbeit, ist aber gesetzlich geregelt, es gibt bereits entsprechende Gespräche).

Der ärztliche Dienst der Arbeitsagentur beurteilt die Erwerbsfähigkeit (bei weniger als drei Stunden Erwerbsfähigkeit ist der Fachbereich Soziales zuständig).

Die Mietobergrenzen sind zur Zeit auch auf Grund von Gerichtsurteilen im Gespräch.

Laut HAZ vom 29.11.2005 leben 5.800 HilfeempfängerInnen regionsweit in zu teuren Wohnungen, die sich entweder UntermieterInnen suchen sollen, mit dem/der VermieterIn über eine Mietabsenkung verhandeln können oder in eine günstigere Wohnung umziehen müssen. Ausnahmen können gemacht werden, wenn die Abweichung nicht mehr als zehn Prozent der vorgegebenen Werte beträgt bei älteren, gebrechlichen Personen oder die Umzugskosten höher als eine künftige Ersparnis wären.

In Hannover ist die Mietgrenze für eine Person 300 Euro inklusive Nebenkosten, für Heizkosten kommen bis zu 1,07 Euro pro Quadratmeter dazu, allerdings darf die Wohnung nicht größer als 50 Quadratmeter sein. Für jede weitere Person der Bedarfsgemeinschaft erhöhen sich die Grenzen entsprechend.

Es gibt Vereinbarungen mit Beratungseinrichtungen für psychosoziale, Schuldner- und Suchtberatung.

Weitere Infos:

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:

Hartz IV Menschen in Arbeit bringen, Artikelnr. 0304 (kostenlos);
Bestelladresse: Postfach 300265; Bestelltel. 01888-6154171; 53182 Bonn; E-mail: info@bmwa.bund.de; Internet:www.arbeitsmarktreform.de

Es gibt inzwischen auf dem Büchermarkt unendlich viele Veröffentlichungen, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Bei Bedarf bitte nachfragen bei

Hannelore Mücke-Bertram
Bündnis 90/Die Grünen; Mitglied im Hartz AK Bündnis 90/Die Grünen, Leiterin der Erwerbslosegruppe SONET, für Erwerbslose aus dem sozialen und pädagogischen Bereich

Hannelore Mücke-Bertram
hanneMB@gmx.de



AUS DEM RATHAUS

Umstrukturierungen im Büro der Ratsfraktion

Zunächst die traurige Nachricht: Nach neun Jahren Mitarbeit für die Ratsfraktion hat Christa Kreuzburg am 01.02.2006 auf eigenen Wunsch ihre Tätigkeit im Senior-Blumenberg-Gang beendet. Um diese Zäsur im grünen Bürobetrieb gebührend zu würdigen, fand im Januar ein großes Abschiedsfrühstück im Keller des Grünen Zentrums statt.

In dieser (für unsere Verhältnisse) feierlichen Atmosphäre flossen zwar keine Tränen aber schön war's schon. Bei dieser Gelegenheit wurde nochmal deutlich, dass alle im Haus von Christas Einsatz profitiert haben. Denn letztlich war sie es, die dafür sorgte, dass der Fahrstuhl geht, die Kasse stimmt, die Büoblumen nicht vertrocknen, der Keller eine neue Toilette hat,...

Logisch, dass auch in Zukunft ein Heizeilmännchen/frauchen für den ordnungsgemäßen Zustand im Hause Sorge trägt. Diesen Job hat seit Februar Ruth Wenzel übernommen. Sie wird mit einem Teil ihrer 30 Stunden Stelle auch Referentinnentätigkeiten übernehmen.

Ruth stellt sich am Ende dieses Ratssplitters noch persönlich vor.

Neben dieser großen Veränderung gibt es weitere Neuerungen. Mark Meißner hat seine Stelle seit dem 01.01.2006 auf 60 Prozent reduziert, um neben der Arbeit für die Ratsfraktion selbstständig arbeiten zu können. Damit verbunden ist, dass Mark zwei Fachbereiche abgibt und damit zukünftig als Referent noch für die Bereiche Wirtschaft und Migration zuständig bleibt. Der Bereich Personal und Organisation wechselt von Mark zu Birgit Teschner, der Bereich Sport wird ab jetzt von Ruth Wenzel betreut. Ruth übernimmt ebenfalls noch den Bereich Frauen und Gleichstellung von Birgit.

Für alle die nun verwirrt sind und für die, die sowieso nicht genau wissen wer hier was macht, hier eine Übersicht, wer im Büro für was zuständig ist:

Günter Wulfert betreut (noch bis Juni gemeinsam mit Jan Hau-de) nach wie vor die Bereiche Umwelt, Energie, Bauen und Wohnen und Verkehr.

Birgit Teschner kümmert sich um die Fachbereiche Kinder und Jugend, Personal und Organisation und Soziales

Martina Raab ist zuständig für Schule, Kultur, Finanzen und die Bezirksräte

Ruth Wenzel versorgt die Bereiche Sport sowie Frauen und Gleichstellung und ist Fraktionsassistentin

Mark Meißner begleitet die Fachbereiche Wirtschaft und Migration



Ruth Wenzel verstärkt das Team

Grüne Zeiten können wir jetzt schon genießen, aber um sie auch in

Zukunft genießen zu können, muss dieses Grün um weitere grüne Farbtöne ergänzt werden. Dazu möchte ich nun auch in Hannover beitragen. In den 80er Jahren habe ich bei den Grünen in Kiel (AG Frauenpolitik) mitgearbeitet. 1994 gründete ich zusammen mit anderen engagierten BürgerInnen einen Arbeitskreis für grüne Politik in Benthe (Ronnenberg), was zur Folge hatte, dass ich für den Ortsrat kandidierte und seit 1996 ein Mandat inne habe. Seit 2001 bin ich auch stellv. Ortsbürgermeisterin. Darüber hinaus arbeite ich im OV Ronnenberg im Vorstand mit.

Nun richtet sich mein Blick auch auf die Landeshauptstadt Hannover. Ich freue mich darauf, einerseits die Geschäftsstelle mit ihren MitarbeiterInnen, Ratsfrauen und Ratsherren unterstützen zu können, zum andern mich als Fraktionsreferentin in das für mich neue Thema Sportpolitik (den Bereich übernehme ich von Mark Meißner) und das Thema Gleichstellung (hier löse ich Birgit Teschner ab) einzuarbeiten.

Eure Ratsfraktion
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33



ARGE
Job-Center in der Region Hannover



Alle Job-Center in der Region Hannover findet ihr unter
www.region-hannover.de

Zukunftsenergie statt Klimakiller

Die Stadtwerke Hannover planen den Neubau eines Kraftwerks. Der Stromabsatz außerhalb der Region soll über eine verstärkte Eigenproduktion gesteigert werden, anstatt über Stromeinkauf an der Börse. Sehr konkrete Entscheidungsvorbereitungen zeigen auf den Standort Frankfurt/M. Dort plant E.ON ein Großkraftwerk mit einer Stromleistung von 1.100 Megawatt (MW). Die Stadtwerke würden sich hieran mit einem 275-300 MW-Anteil für 275-300 Mio. Euro beteiligen. Aus Grüner Sicht sind hieran verschiedene Punkte nicht akzeptabel: Zum einen geht es um ein Kohlekraftwerk! Angesichts des allseits bekannten Klimawandels ist ein solches Kraftwerk ein „Klimakiller“.

Des Weiteren werden Arbeitsplätze in Frankfurt/M. geschaffen, nicht in unserer Region. Der prognostizierte Ertrag für die Stadtwerke durch diese Beteiligung (best case 20 Mio Euro/Jahr bzw. 8 %, worst case 10 Mio Euro, bzw. 4 % Rendite) ist völlig ungewiss, v. a. angesichts der heute noch nicht bekannten Kostenentwicklungen beim Emissionshandel.

Dagegen setzen wir uns für die Entwicklung eines „Großkraftwerks“ mittels dezentraler Blockheizkraftwerke (BHKW) in Hannover ein. Diese produzieren über Kraft-Wärme-Kopplung Strom, ihre Abwärme wird für Wohnungen, Büros oder Läden genutzt. Mit einem Gesamtnutzungsgrad von über 90 % sind sie sehr effizient. Neben ökologischen Vorteilen schaffen sie Arbeitsplätze vor Ort im Bereich von Produktion, Instandhaltung und Wartung. Ähnlich Passivhäusern könnte die Region Hannover auch hier neue Maßstäbe setzen und eine Vorreiterrolle einnehmen! Entsprechend dieser Leistung von 100 MW durch BHKW ist eine Beteiligung an einem Zentralen Großkraftwerk auf höchstens 175 MW zu reduzieren. Hier wäre allerdings die Beteiligung an einem Gas-Kraftwerk ökologisch weitaus sinnvoller.

Lothar Schlieckau und
Michael Dette

Auf Einladung der GRÜNEN JUGEND hatten sich am Mittwoch, den 23. November 2005 über 60 Menschen im Keller des Grünen Zentrums Hannover eingefunden, um den Vortrag des Atomexperten Prof. Nesterenko anzuhören. Er sprach über seine Erfahrungen mit der Tschernobyl-Katastrophe und die Probleme der Atomenergie.

Prof. Nesterenko, vor der Tschernobyl-Katastrophe ein begeisterter Verfechter der Atomkraft, erzählte zuerst, wie er selbst den Unfall erlebt hatte. Er schilderte seinen Sinneswandel: „Ich habe mich gefragt: Was kann das für eine Technologie sein, die so viele Menschen unglücklich macht?“ Er selbst wurde Opfer der Strahlen, als er unmittelbar nach der Katastrophe Forschungen über dem brennenden Reaktor machte: „Zur Zeit des Unfalls hatte ich eine sportliche Figur, wog gut 80 Kilo, einen Monat später lag ich mit 61 Kilo im Krankenhaus.“

Fast eine noch größere Katastrophe

Danach erfuhren wir, wie genau der Unfall vonstatten ging und, dass es fast noch zu einer zweiten größeren Explosion des ganzen Reaktors kam. Diese Explosion hätte im Umkreis von 200 Kilometern alles zerstört. Die sowjetische Regierung habe unmittelbar nach dem Unglück viele Fehler begangen, so Nesterenko. Die Zivilbevölkerung sei nicht genügend aufgeklärt worden und hätte die nötigen Medikamente zu spät oder gar nicht bekommen. An uns Zuschauer appellierte er: „Kauft euch Jodtabletten, die helfen im Ernstfall gegen die atomare Strahlung.“ Als auf die Frage, wer denn schon welche besäße, niemand antwortete, war er sichtbar verwundert. Gerade bei uns hätte er das nicht erwartet.

Nach dem Unglück hatte Prof. Nesterenko eine neue Lebensaufgabe, er wollte seine Fähigkeiten und sein Wissen zum Schutz der Bevölkerung einsetzen. In seinem Vortrag berichtete er uns über seine Arbeit in den weißrussischen Dörfern. Fast zwei Millionen Menschen leben noch heute auf kontaminiertem Boden. Prof. Nesterenko und seine Mitarbeiter fahren in die Dörfer und beraten die Menschen, wie sie unter den schlimmen Bedingungen möglichst gesund leben können. Denn auch 20 Jahre nach dem

Tschernobyl und die Folgen

„Was kann das für eine Technologie sein, die so viele Menschen unglücklich macht?“

Diese Frage stellte der Atomkraftkritiker Professor Wassilij Borissowitsch Nesterenko vom Institut für Strahlensicherheit in Weißrussland, der im Grünen Zentrum Hannover über die Folgen der Tschernobyl Katastrophe und seine Arbeit zur Hilfe der Strahlenopfer berichtete.

Ein Bericht von Janko Marklein, Grüne Jugend Hannover



Prof. Nesterenko bei seinem Vortrag im Grünen Zentrum.

Supergau wissen die Menschen nur wenig darüber, wie sie sich schützen können. Ermöglicht wird Prof. Nesterenko und seinen MitarbeiterInnen dies aber nur, so lange es Spenden aus dem Ausland gibt, die diese Arbeit ermöglichen. „Etwas zu tun ist dringend erforderlich, denn nur noch jedes zehnte Kind ist völlig gesund“ so Prof. Nesterenko.

Jedes AKW hat einen Störfall im Jahr

Erstaunlich war auch, dass Prof. Nesterenko ganz andere Zahlen vorlegte, als die offizielle Atomenergiebehörde. Viele Zahlen der internationalen Organisationen seien schlicht falsch, erklärte er uns. Auch die so genannte „neue Generation“ der Atomkraftwerke kam nicht gut weg in seinem Beitrag. In jedem Atomkraftwerk gäbe es durchschnittlich einen Störfall pro Jahr, „Nur ein abgeschaltetes Atomkraftwerk ist ein wirklich sicheres Atomkraftwerk“. Mit diesem Satz erntete er Beifall.

Außer den Mitgliedern der GRÜNEN JUGEND, waren viele VertreterInnen von anderen Verbänden anwesend, unter anderem von JANUN, die den Kontakt vermittelt hatten und Greenpeace. Die Gelegenheit wurde genutzt um eine zukünftige Zusammenarbeit zu planen, denn schließlich steht der 20. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe bevor und da gibt es für alle Umweltbewegten viel zu tun!

Weitere Infos und Spenden:

Näheres unter:
www.ostwestbruecke.de
Spendenkonto: JANUN e.V.
SPARDA-Bank Hannover eG
BLZ 250 905 00
Kto Nr. 19 22 815
Stichwort: Spende Tschernobyl
Janko Marklein, 17 Jahre, geht in Hannover zur Schule und engagiert sich in der Grünen Jugend.

Janko Marklein
janko.marklein@gmx.de



Wahlschlacht an der Uni

Zum festen Jahresritual gehören an der Uni Hannover die Hochschulwahlen. Im Januar war es mal wieder so weit, die Studierenden waren dazu aufgerufen, ihre GremienvertreterInnen zu wählen.
Von Jan Haude, Campus Grün



Der ASTA in Hannover - mit letzten Spuren aus wilden Zeiten...

Auch wenn die mediale Beachtung der Gremien an der Universität Hannover noch immer leicht unter der des Bundestages liegt, so lieferten sich auch dieses mal die kandidierenden Listen zu den Hochschulwahlen 2006 einen erbitterten Kampf. Während der RCDS (CDU-nahe Hochschulgruppe) fleißig in Flugblättern gegen den „linksextremistischen ASTA“ und Karl Marx wettete und allwöchentlich neue „Skandale“ anprangerte, setzten die Jusos lieber auf altbewährte Verschwörungstheorien. So konnte die/der geneigte BeobachterIn nachlesen, warum und wie Burschenschaftler und RCDS Jusos und SPD unterwandern wollen. Dagegen hatte unsere schlichte „Grün bewegt!“- Wahlkampagne natürlich keine Chance. Bei erneut niedriger Wahlbeteiligung (zwischen 10 und 14 %) lag der

RCDS bei den Direktwahlen zum Studentischen Rat erstmalig leicht vor den Jusos, welche erneut Verluste hinnehmen mussten. Auch die Grüne Hochschulgruppe hat mit 11,1 % leicht verloren (minus 0,4 %), stellt damit aber weiterhin vier VertreterInnen im StuRa. Munter wird es dann im neu zusammengesetzten Studentischen Rat, hinter den Kulissen werden – ganz wie im Bundestag – schon eifrig neue Koalitionen geschmiedet. In den Senat hat es ebenfalls ein Kandidat des RCDS geschafft, Linke und Fachschaftsrate mussten hier einen Sitz abtreten. Die Liste der Grünen Hochschulgruppe kam hier auf 17,3 %. Gefeierte haben wir uns dafür natürlich trotzdem. Wie im Bundestag eben.

Jan Haude
jan.haude@web.de



Campus Grün

Die Grüne Hochschulgruppe trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18:00 Uhr. Den Ort und weitere Informationen findet ihr unter www.campusgruen-hannover.de
Alle sind herzlich Willkommen!

Sommerfest in Benthe

Am 15. Juli 2006 findet mit einem großen Grünen Sommerfest auf dem Biolandhof von Friedrich Maage in Ronnenberg, Ortsteil Benthe, der Regionwahlkampfauftakt zur Kommunalwahl 2006 statt. Beginn ca. 11:00 Uhr, Ende ca. 22:00 Uhr. Alle sind herzlich Willkommen, auch zum Mitmachen!



Die Sommerfeste auf Maages Hof in Benthe haben immer ihren Charme und sind unvergessliche Erlebnisse

Die Vorbereitungen sind in der Anfangsphase. Geplant ist unter anderem der Besuch von grüner Bundes- wie natürlich Regionsprominenz. Als ein zentrales Event auf dem Fest ist eine Art „moderierte Podiumsdiskussion“ geplant. Dort wird dann über das gesamte Spektrum grüner Regions- und Kommunalpolitik gesprochen. Hieran werden voraussichtlich unsere Spitzengrünen teilnehmen – Doris Klawunde, Hans Mönninghoff, Uwe Sternbeck und Pico Jordan.

Außerdem sollen möglichst viele ökologisch- und nachhaltig wirtschaftende Betriebe (z.B. aus den Bereichen Solartechnik, Windenergie, Landwirtschaft usw.), sowie soziale Projekte aus

der Region Hannover ihre Produkte und Aktivitäten vorstellen können.

Macht mit!

Wir rufen alle Ortsverbände in der Region Hannover dazu auf, uns unter den unten angegebenen E-Mailadressen entsprechende Firmen oder Projekte bis zum 15. März 2006 zu nennen. Darbietungen für Kinder sind ebenfalls sehr willkommen. Schön wäre auch eine ungefähre Angabe zum benötigten Platzbedarf. Wendet euch bitte an folgende Adressen: Andreas Beichler, Telefon 0511 461130, E-Mail: andreas.beichler@t-online.de oder Friedrich Maage, Telefon 05108 5919, E-Mail: Maage-Benthe@t-online.de.

Macht mit!

Bei dem Grünen Sommerfest in Ronnenberg/Benthe. Nennt Firmen und Projekte, die sich dort darstellen wollen und kommt selber zum Fest!

Weitere Infos: andreas.beichler@t-online.de

23.02.2006 18:30
Migration-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im UG, Kontakt: Mark Meißner, mark.meissner@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-45250

27.02., 19:30
Stadtteilgruppe Vahrenwald/List, Freizeitheim Vahrenwald, Kontakt: Silvia Klingenburg, Tel.: 0511 664161, silvia.klingenburg@gmx.de

01.03.2006 18:00
Wirtschafts- und Finanz AG, Neues Rathaus (Raum Leipzig), Kontakt: Mark Meißner, mark.meissner@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-45250

02.03.2006 17:00
Umwelt-Energie-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im UG, Kontakt: Günter Wulfert, guenter.wulfert@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-45433

06.03.2006 17:30
Sozial-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im EG, Kontakt: Birgit Teschner, birgit.teschner@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-43346

09.03.2006 18:30
Migration-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im UG, Kontakt: Mark Meißner, mark.meissner@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-45250

13.03. 17:00
Einführungsveranstaltung für Bezirksräte und solche die es werden wollen, Neues Rathaus, Raum Leipzig. Kontakt: Lukasz Batruch: Tel.: 0511 13347, lukasz@batruch.de

13.03. 18:00
Bauen+Wohnen+Verkehr, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im EG, Kontakt: Günter Wulfert, guenter.wulfert@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-45433

16.03. 17:30
Schul-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im OG, Kontakt: Martina Raab, martina.raab@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-42561

20.03. 15:30
Personal-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im EG, Kontakt: Mark Meißner, mark.meissner@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-45250

20.03. 18:00
Verkehrs-AG, Hildesheimer Straße 20, Kontakt: Katja Busch, katja.busch@region-hannover.de, Tel.: 0511 616-22082

21.03. 18:00
KiJu-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im UG, Kontakt: Birgit Teschner, birgit.teschner@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-43346

22.03. 18:00
Wirtschafts- und Finanz AG, Neues Rathaus (Raum Leipzig), Kontakt: Mark Meißner, mark.meissner@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-45250

23.03. 17:00
Umwelt-Energie-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im UG

27.03. 18:00
Kultur-AG Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 im UG, Kontakt: Martina Raab, martina.raab@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168-42561

27.03., 19:30
Stadtteilgruppe Vahrenwald/List, Freizeitheim Vahrenwald, Kontakt: Silvia Klingenburg, Tel.: 0511 664161, silvia.klingenburg@gmx.de

10.04. 18:00
Verkehrs-AG, Hildesheimer Straße 20, Katja Busch, katja.busch@region-hannover.de, Tel.: 0511 616-22082

21.04. 16:00
Hearing zur Zukunft des Öffentlichen Nahverkehrs, Landtag, Raum 1105, Kontakt: enno.hagenah@lt.niedersachsen.de

22.04.
Regions-Mitgliederversammlung zur Wahl der KandidatInnen für die Regionsversammlung und zur Verabschiedung des Regionswahlprogramms. Einladung folgt.

24.04., 19:30
Stadtteilgruppe Vahrenwald/List, Freizeitheim Vahrenwald, Kontakt: Silvia Klingenburg, Tel.: 0511 664161, silvia.klingenburg@gmx.de

06.05.
Stadt-Mitgliederversammlung zur Wahl der KandidatInnen für die Regionsversammlung und zur Verabschiedung des Regionswahlprogramms. Einladung folgt.

Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de



Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum! InteressentInnen sind herzlich Willkommen!

Bezirksräte und Bezirksratsmitglieder Einführungsveranstaltung für Kandidatinnen und Interessierte

**Am 13.03.2006 um 17.00 Uhr
 im Neuen Rathaus, Raum Leipzig.**

Im Anschluss um 19 Uhr besteht die Möglichkeit, an einer Sitzung des Stadtbezirksrates Mitte im Hodlersaal des Rathauses teilzunehmen.
 Die Veranstaltung richtet sich an alle, die mit dem Gedanken spielen, für einen der hannoverschen Bezirksräte zu kandidieren. Feststetschlossene KandidatInnen sind natürlich ebenso willkommen, wie auch alle Anderen, die sich für die Arbeit der Bezirksräte interessieren.
 In der Veranstaltung werden die Aufgaben des Bezirksrates und eines Bezirksratsmitglieds dargestellt. Fragen nach Gestaltungsmöglichkeiten und zeitlichem Aufwand sollen geklärt werden. Auch der Weg von Listenaufstellung bis zur Wahl wird erörtert. Darüber hinaus gibt es immer Gelegenheiten, Fragen zu stellen, die von erfahrenen Bezirksratsmitgliedern beantwortet werden.

Eine vorherige Anmeldung zur Veranstaltung ist nicht notwendig.

Mitgliedsbeiträge und Spenden

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail! Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

IMPRESSUM

Die Grünen Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbandes Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/300 88 66, Fax 300 89 66, region@gruene-hannover.de.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Anne Dalig, Thomas Schremmer, Anja Ritschel, Michael Pelke, Birgit Teschner, Hans-Joachim Hoffmann, Mark Bindert, Waltraud Tegtmeyer, Enno Hagenah, Jeanette Weinrich, Androsch Wyborny, Brigitte Nieße, Katja Busch, Jan Haude, Hannelore Mücke-Bertram, Andrea Schneider, Janko Marklein, Andreas Beichler, Lukasz Batruch, Ronald Schütz und Enno Isermann (V.i.S.d.P.)

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

"Grüne Seiten" werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Mai 2006.

**Bündnis 90/Die Grünen,
 Senior-Blumenberg-Gang 1,
 30159 Hannover,
 Tel. 0511/300 88 66,
 Fax 300 89 66**

**E-Mail: region@gruene-hannover.de
 Internet: www.gruene-hannover.de**